

## Berlin baut weiter auf

### 22 000 Wohnungen für 1959 — Großes Interesse für Mieterdarlehen

**DT. Berlin (Eigenbericht).** Einen optimistischen Ausblick auf die Bautätigkeit dieses Jahres gab gestern der Senator für Bau- und Wohnungswesen, Rolf Schwedler, in einer Pressekonferenz. Er sagte, daß augenblicklich 26 000 Wohnungen in Westberlin im Bau seien und daß im Jahre 1959 mit einer Mindestsumme von weiteren 22 000 öffentlich geförderten Wohnungen zu rechnen sei. Im Jahre 1957 betrug die Zahl der neuen Wohnungen in Westberlin vergleichsweise 20 618.

Für das vergangene Jahr liegen ebenfalls Zahlen vor. Da die insgesamt in Westberlin neuerrichteten 21 006 Wohnungen aufgeschlüsselt sind, ergibt sich ein interessantes Bild über die Bautätigkeit in den einzelnen Bezirken. Die dickste Scheibe aus dem Kuchen der Berliner Wohnbauten konnte danach Charlottenburg mit 3898 Wohnungen herausschneiden, während Neukölln mit 732 Wohnungen an letzter Stelle liegt. Dazu muß allerdings gesagt werden, daß der größte Teil der Charlottenburger Neubauten auf den neu entstehenden Teil Charlottenburg-Nord entfallen. An zweiter Stelle hinter Charlottenburg folgt Reinickendorf mit 2418 neuen Wohnungen, und Zehlendorf ist mit 867 Wohnungen als Leidensgenosse Neuköllns anzusehen.

Der Anteil der freifinanzierten Wohnungen beträgt generell 9,3 Prozent gegenüber 90,7 Prozent sogenannter „öffentlich geförderter“ Wohnungen. Zu den Mietpreisen erklärte Schwedler wörtlich: „Wir glauben, daß wir 1,65 DM Miete pro Quadratmeter nicht überschreiten werden. Auch die Höchstmiete für Einkommenschwache soll nicht über 1,20 DM liegen.“

Auf Fragen sagte der Bausenator, daß er mit Auswirkungen durch die Aufhebung des Mietpreisstops und der Wohnraumbewirtschaftung auch für Berlin rechne, wenn diese Maß-

nahmen in der Bundesrepublik durchgeführt werden. Die kürzlich bekanntgegebene Einführung von sogenannten Mieterdarlehen hat bereits zahlreiche Berliner auf den Plan gerufen. 3500 Anträge sind eingegangen, 600 davon wurden bisher bewilligt.

#### In allen Stadtteilen

Die Bauschwerpunkte des kommenden Jahres werden sich

#### „Ja oder Nein?“

Wie der Senator Schwedler erklärte, könne von seiner Verwaltung aus ab Ende Mai mit dem Bau der neuen Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche begonnen werden. Er rechte jedoch damit, daß weitere Schäden und Gefahrenstellen durch Witterungseinflüsse entstehen werden und die zu ihrer Beseitigung bereitstehenden Mittel nicht ausreichen. Von Prof. Eiermann seien jetzt die ersten näheren Entwürfe eingegangen.

kaum verändern. In der Siedlung Schillerhöhe kommen 1959 weitere 200 Wohnungen hinzu, so daß sie mit 2400 Einheiten dann fertig ist. In Kreuzberg werden in der Otto-Suhr-Siedlung 260 Wohnungen die Gesamtzahl auf 1205 erhöhen, und im „Springprojekt“ soll die Grundsteinlegung bereits in die-

sem Frühjahr für etwa 1000 Wohnungen erfolgen. Rund 2000 Wohnungen entstehen dort. Charlottenburg-Nord erhält weitere 530 Wohnungen und ist mit einer Gesamtzahl von 3800 Einheiten Ende des Jahres im wesentlichen fertiggestellt. Für Wilmersdorf entstehen an der Südtangente allein 700 Wohnungen, Schönebergs Schwerpunkt liegt im Bayerischen Viertel, wo 1200 Wohnungen gebaut werden, und Neukölln hat seinen Schwerpunkt in Britz-Süd, wo 520 Wohnungen entstehen. Da die bebaubaren Flächen in Westberlin immer knapper werden, kündigte der Bausenator schon für die nächsten Wochen eine Grundsatz-Diskussion über Fragen der Berliner Grundstückspolitik an.

#### Neue Kirchenbauten

Für den Kirchenbau, so sagte Schwedler, sei wiederum ein Globalbetrag vorhanden. Als das bemerkenswerteste Vorhaben bezeichnete er die nebeneinander in Schöneberg entstehende evangelische Paul-Gerhardt- und die katholische St.-Norbert-Kirche, die beide von dem Architekten Fehling entworfen werden.

Zum Tiefbau sagte Schwedler, die Wichtigkeit der großzügigen Planung zeige sich immer mehr an den Zahlen der Verkehrsdichte. Augenblicklich kämen in Berlin bereits auf 12,5 Einwohner ein Kraftfahrzeug, in Hamburg 10 und in München 6,85.

Um den Kindern und Alten Erholungsmöglichkeiten zu geben, werden Grünanlagen und 32 Kinderspiel- sowie Tummelplätze angelegt. Zwölf davon sind im Bezirk Wedding, acht in Kreuzberg geplant.

## Die „deutsche Gefahr“

K. W. B. „Sind Sie etwa beruhigt darüber, daß die Deutschen, die während der vergangenen 100 Jahre vier Kriege angefangen haben, wieder bewaffnet werden? Vielleicht würden Sie nach dem 5. davon überzeugt sein, daß da etwas nicht stimmt.“ Das war eines der Hauptargumente, mit denen Mikojan bei dem harten Fernseh-Duell mit den amerikanischen Journalisten operierte. Was half es dem amerikanischen Befrager, wenn er dem sowjetischen Gesprächspartner entgegenhielt: „Und warum haben Sie dann, und zwar seit vielen Jahren, die Deutschen in der Sowjetzone bewaffnet?“ Diese von der Sowjetunion bewaffneten Deutschen seien — so etwa wollte es Mikojan abtun — sowohl in ihrer Bewaffnung als auch in ihrer Potenz unbedeutend. Der sowjetische stellvertretende Ministerpräsident konnte sich das kommunistisch geführte Deutschland natürlich nicht offiziell zuschreiben, aber er mußte indirekt eingestehen, daß das Schlagwort von der „deutschen Gefahr“, mit dem er gereicht ist, und das den Tenor der sowjetischen Offensive gegen Deutschland heute ausmacht, eine propagandistische Finte ist. Offensichtlich ist in der Moskauer Sicht nur jenes Deutschland eine Gefahr, das sich nicht in sowjetischen Händen befindet. Das muß man jetzt sehen, wenn man bisher noch geglaubt haben sollte, den Sowjets ließe sich die Wiedervereinigung abringen, wenn man nur auf bestimmte Teile der deutschen Wiederbewaffnung verzichtete.

Gewiß sind immer Diskussionen um militärische Entwicklungen die Hauptspannungsfaktoren im ost-westlichen Ringen gewesen. Immer ist hierbei auch von sowjetischer Seite Deutschland als der Sündenbock und die ewige Gefahr beschworen worden. Die Waffen in der Hand der Deutschen, die den weitaus meisten von

ihnen zuwider sind, haben erhalten müssen, um die „deutsche Gefahr“ immer als ein militärisches Phänomen den erfahrenen und erschreckten Völkern vor Augen zu halten. So drangsalieren die Sowjets die westliche Welt 1952 mit einem deutschen Friedensvertrags-Entwurf, der die Absicht hatte, die damals vor der Verwirklichung stehende Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu verhindern. So wird der heutige sowjetische Friedensvertrags-Entwurf ein Instrument, um die weit fortgeschrittene Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft mit Brutalität zu stoppen und zurückzudrehen. Mit der „deutschen Gefahr“ meinen die Sowjets längst nicht mehr eine Gefahr, die aus unserem Land, unseren Menschen und unserer Arbeit erwächst. Sie haben wahrhaftig keine Angst vor Deutschland, weder vor einem schwach noch vor einem stark bewaffneten Deutschland; denn ihre Machtmittel sind heute doch längst über jedes Potential hinausgewachsen, das ihnen Deutschland oder irgendeine der europäischen Mächte entgegenstellen könnte. Selbstverständlich ist ihre ganze Argumentation vom deutschen „Aggressor“ bis zur der Beschwörungsformel „Die Bundesrepublik rüstet zum dritten Weltkrieg“ auch für sie selbst nur Propaganda.

Wir aber müssen diesen Nebel der politischen Angriffe auf uns durchstoßen. Wir wollen ja mit denen, die uns so hart zusetzen, ins reine kommen. Dazu bedarf es wohl einer Summe von Vorschlägen, also von sachlichen Plänen für das Zusammenleben von morgen. Doch wir können sie — und darüber müssen sich unsere Plänemacher jetzt völlig im klaren sein — nur vorlegen, wenn wir zu erkennen gegeben haben, daß nicht die „deutsche Gefahr“ das Motiv für die Klärung unserer so dramatisch verschärften Lage sein kann. Vielmehr muß für die Entwicklung von Plänen gerade die Grundlage gesucht werden, die wir in den sowjetischen Absichten selbst erkennen. Vielleicht hat sich Grotewohl in Vietnam zu weit vom Schuß gefühlt, als er dort glaubte,

unbemerkt ein Kommuniqué unterschreiben zu können, wonach die sowjetische Deutschlandpolitik „auf eine Wiedervereinigung in einem sozialistischen Staat“ hofft. Sicherlich ist der kommunistische Ministerpräsident aus Ostberlin in seiner Entschleierung der sowjetischen Planungen über das Ziel hinausgeschossen. Er hat ein wenig von dem ausgedrückt, was die Moskauer Politik mit der Beschwörung der „deutschen Gefahr“ will. Sie will Europa verhindern, indem sie Deutschland aus dem Lebensbereich des Westens ausschließen möchte. Ihre Politik gegen Deutschland laßt ihre Spitze gegen ein freies und geschlossenes Europa. Wenn Deutschland aus all den europäischen Bindungen entlassen werden sollte, wie es der sowjetische Friedensvertragsentwurf verlangt, müßte dies heute die Auflösung der europäischen Gemeinschaft bedeuten. In diesem tödlichen Griff nach Europa, den Moskau in einen Friedensvertragsvorschlag für Deutschland kleidet, ist die Grundüberlegung enthalten, die unsere westlichen Studiengruppen nun anstellen müssen, wenn sie sich jetzt zusammensetzen.

Es gibt jetzt nur eine Gefahr, der man zu begegnen hat: der Gefahr für Deutschland. Sie hat die Sowjetunion mit ihrem Angriff auf Berlin und mit ihrem Friedensvertragsentwurf geschaffen. Die Westmächte sind von Moskau angesprochen worden, um eine Art neuer antideutscher Koalition auf die Beine zu bringen. Aber es soll keine Koalition gegen jegliches Deutschland sein, sondern eine Koalition, die es ermöglichen müßte, Deutschland europafremd und sowjetreif zu machen. Je mehr die angesprochenen Westmächte, die großen und die kleinen, erkennen, daß sich dieser Anschlag gegen sie, gegen ihre Sicherheit und gegen ihre künftige Lebensgrundlage richtet, desto klarer müßte ihnen werden, daß man nun den Sowjets mit den zu konzipierenden Deutschlandvorschlägen ein Programm der europäischen Sicherheit anzubieten hat. Es wird hellklar, daß das Schicksal Deutschlands über das Schicksal des Kontinents entscheidet,

# Bonn für Geheimdiplomatie

## Öffentliche Diskussion der westlichen Pläne erschwert Verhandlungen

**Bonn/Washington (ap).** Die Bundesregierung wünscht keine öffentliche Diskussion über die westlichen Gegenvorschläge zu dem sowjetischen Friedensvertragsentwurf vor Beginn der Verhandlungen mit dem Osten, da sie zu einem Mißerfolg der Verhandlungen führen würde.

Bundespresseschef von Eckardt erklärte vor Journalisten in Bonn, die Bundesregierung halte es für erforderlich, zu den vielfältigen Kombinationen über die westlichen Pläne zu

schweigen, um die Arbeit der Viermächtearbeitsgruppe, die demnächst in Washington mit der Prüfung des sowjetischen Friedensvertragsentwurfes beginnen wird, nicht zu beeinträchtigen. Vor und während der Tätigkeit der Arbeitsgruppe sei es unmöglich, Einzelheiten über die Besprechungen oder auch nur über die Absichten mitzuteilen.

Bis zum Beginn der Washingtoner Besprechungen soll die Arbeitsgruppe des Auswärtigen Ausschusses unter Leitung von Ministerialdirektor Duckwitz ausführliche technisch-theoretische Darlegungen zur gesamten deutschen Frage ausgearbeitet haben. Unter anderem sollen auch alle Argumente für und gegen eine Konföderation zusammengestellt werden.

über, ob die Westmächte eine solche Konföderation bei den gegenwärtigen Beratungen über das Deutschland-Problem in Erwägung ziehen könnten, werden in London mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß dieser Gedanke weder vom amerikanischen Außenminister Dulles noch von der britischen Regierung aufgenommen worden sei.

Als britischer Vertreter in der westlichen Viermächte-Arbeitsgruppe, welche die Antwort der Westmächte auf die sowjetische Friedensvertragsnote vorbereiten soll, wird der stellvertretende Staatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Samuel Hood, genannt.

## „Lipsi“

Um den „Lipsi“ tanzen zu können, muß man ideologisch ausgerichtet sein. Denn der „Lipsi“ ist ein Produkt der marxistisch-leninistischen Weltanschauung. Ein moderner Tanz, von dem man heute „drüben“ spricht. Das ist zwar schwer zu begreifen, wenn man einfach nur fragt, ob es sich um einen Tanz handelt. Es handelt sich eben einfach nicht nur um einen Tanz, sondern um ein politisches Programm. Und das wurde in Leipzig entwickelt.

Wir Berliner pflegen nach den Rhythmen der Musik zu tanzen. Und wir haben unsere Freude daran. Die „Lipsizaner“ tanzen nach dem Diktat des SED-Zentralkomitees. Dieser „Lipsi“ — es kann auch heißen: das „Lipsi“ — ist angeblich der Ausdruck der deutsch-demokratisch-republikanischen Lebensfreude: „Ach, was sind wir lustig!“

Was heißt — wir? Wir sind gar nicht lustig. Zehn Figuren hat dieser Tanz. Er ist eine alberne Kopie lateinamerikanischer Tänze. Aber ihm fehlt, wenn er in der Sowjetzone getanzt wird, das wesentliche Moment: die echte Lebensfreude.

Sogar der Tanz wird in eine Norm gebracht. Mehr noch, auch der Volkstanz — von dem hier nicht einmal die Rede sein sollte — hat die Norm des politischen Anstrichs.

Nun fragt man sich: wo eigentlich kann der Mensch sich noch so ungehindert geben und auch im Tanz gelöst sein, — wenn nicht dort, wo keine Direktiven sind?

Wir tanzen aus Freude am Dasein. dt.

## Nicht unbedingt

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, äußerte in einer Sendung des amerikanischen Fernsehens, freie Wahlen seien nicht unbedingt als der erste Schritt für die Lösung des Deutschland-Problems zu betrachten. Freie Wahlen müßten jedoch an der einen oder anderen Stelle in das Programm für die Wiedervereinigung Deutschlands eingesetzt werden. Eine Verhandlungsbasis für Ost-West-Gespräche könnte seiner Ansicht der modifizierte Rapacki-Plan sein.

Von den USA wird dagegen der Rapacki-Plan sowohl in seiner ersten als auch in der zweiten Form abgelehnt, weil er „nicht bis zum Kernpunkt der Probleme vordringt“.

## Gegen Konföderation

**London (dpa).** Der Gedanke einer Konföderation zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzonenrepublik wird von der britischen Regierung nicht in Erwägung gezogen, verlautet aus dem britischen Außenministerium. Spekulationen dar-

## Glatte SED-Lügen

**Bonn (dpa).** Als „glatte SED-Lügen“ bezeichneten Bonner Stellen Vorwürfe der SED. Auf einer Tagung des kommunistisch gelenkten Ostberliner „Nationalrates“ hatte Albert Norden (SED) behauptet, er sei im Besitz „detaillierter Informationen, wonach das Strauß-Ministerium an den Grenzen der DDR Zwischenfälle organisieren will“. Die Erklärungen Nordens, so heißt es in Bonn, seien dem Wunschenken von Leuten entsprungen, die Angst vor einer friedlichen Wiedervereinigung in Freiheit hätten. Hier zeige sich auch das zweite Glied der sowjetischen Propaganda mit seinen Drohungen und dem Versuch, deutsche nationale Gefühle aufzuputzen, während man auf dem ersten Propagandagleis von friedlicher Koexistenz rede.

## Moskau schweigt

**Den Haag (ap).** Regierungskreise in Den Haag teilten mit, daß man aus Moskau nichts mehr über eine Ernennung des ehemaligen sowjetischen Außenministers Molotow gehört habe. Seit seiner Anfrage bei der niederländischen Regierung, ob man mit der Entsendung Molotows einverstanden sei, schweige der Kreml.

# Arbeiterlieder zur Kosmetik-Reklame

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mittelddeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Die Zonenbevölkerung muß zu allem, was die SED verkündet, „Ja“ sagen. Ob Selbstverpflichtungen, Friedensvertrag, Planerhöhungen oder Schulungen. Um sich so schnell wie möglich von den aufdringlichen Propagandisten zu befreien, stimmen die meisten zu und entziehen sich einem ernsthaften Gespräch. Bei dem traurigen Ernst haben deshalb die Bemühungen der Agitprop-Spezialisten einen komischen Beigeschmack — und oft fallen sie der Lächerlichkeit anheim.

## SCHÖNEBECK/ELBE

Verkrachte Existenzen als Be Weise. Umsiedler aus der Bundesrepublik müssen beim Eintreffen im Aufnahmeheim Schönebeck Bekenntnisse gegen ihre westdeutsche Heimat ablegen.

## Dombrowski antwortet Pankow

Bonn (ap/dpa). Der in die Bundesrepublik geflüchtete stellvertretende Leiter der Abteilung militärische Abwehr im Sowjetzonen-Verteidigungsministerium, Dombrowski, hat die von adn gegen ihn erhobenen Beschuldigungen als „Verleumdungen und Abschreckungsversuche“ zurückgewiesen. Mit der Methode, ihn als unglaubwürdigen Hochstapler hinzustellen, wolle die Pankower Regierung vor allem ihren Agentenstab in der Bundesrepublik beruhigen, sagte Dombrowski. Er habe weder Unterschlagungen noch kriminelle sittliche Verfehlungen begangen.

Ohne den Wortlaut des sowjetischen Entwurfs für einen Friedensvertrag gelesen zu haben, sagte ein sogenannter Westflüchtling: „Der sowjetische Friedensvertrag wäre für unsere westdeutschen Brüder eine Erlösung von Krisen, Lohnausfall, Arbeitslosigkeit, Hunger und Preiserhöhungen.“

SED verspricht westdeutschen Bauern Land. „Eine Verwirklichung der sowjetischen Pläne

würde den westdeutschen Bauern 500 000 Hektar Land bringen“, lauten die Thesen der Propagandisten. Auf den Dörfern arbeiten Dorfaktivist mit verschiedenen Arbeitsgruppen, die sich nur um den „Friedensvertragsentwurf“ kümmern und zugleich zu einem Massenwettbewerb zum 10. Jahrestag der „DDR“ unter dem Motto: „Das schönste Dorf“ aufrufen.

## LEIPZIG

Arbeiterlieder zur Kosmetikreklame. In der „Leipziger Volkszeitung“ wird kritisiert, daß im „Filmpalast W 33“ in Leipzig während des Reklameaufbaus Kosmetikartikel, Damenwäsche und ähnliche Dinge mehr gezeigt wurden und diese Vorführungen von Schalmeienklängen bekannter Kampflieder der Arbeiterbewegung begleitet wurden. Das sei nicht nur eine grobe Geschmacklosigkeit, sondern eine politische Verantwortungslösung.

In den Verkehrsmitteln „Rauchen untersagt“. In allen Nahverkehrsmitteln der Zone ist durch eine Verfügung das Rauhen verboten. Betrunkene dürfen wegen der Beschmutzungsgefahr von Mitfahrenden nicht mehr befördert werden, Hunde müssen einen Maulkorb tragen. Straßenbahnbenutzer im Arbeitsanzug müssen die Vorderplattform des letzten Anhängers benutzen.

## DRESDEN

Testmodelle anstatt Modeschlagler. Erst am 30. April werden in diesem Jahre Testmodelle an den Handel geliefert. Dem Deutschen Modemuseum in Ostberlin und den Modemodellierern wurde vorgeworfen, sie würden nicht politisch denken, wenn sie „Verkaufsschlagler“ nur in Mengen von 310 Stück ausliefern. Wörtlich heißt es in der „Sächsischen Zeitung“: „Denn schließlich ist die Versorgung der Bevölkerung nicht nur eine Sache des Geschmacks, sondern ist vor allem eine entscheidende politische Frage.“

Dazu „Kritik in Leserbriefen“: „Im Konsumkaufhaus

„Haus des Friedens“ auf der Caspar-David-Friedrich-Straße in Dresden kaufte ich ein Kofferradio ‚Tesla Minor‘. Solange das Gerät unter dem Weihnachtsbaum lag, war die Freude groß. Allerdings als ich versuchte, mein neues Gerät einmal auf Batterie laufen zu lassen, kam die große Enttäuschung. Weder Anoden noch Heizbatterie waren vorhanden. Bei einer Rückfrage erhielt ich zwar noch eine Anodenbatterie, aber Heizbatterien waren nicht vorrätig. Was nützt mir nun ein Kofferradio, wenn ich ihn nicht seiner Bestimmung gemäß verwenden kann?“

„Beliebte Schlagermagazine“ treten überall in Dresden auf. Unter anderem ein Bühnenschauorchester mit den Virginias. In anderen Lokalen gibt es Maskenbälle und Kostümfeste unter dem Motto: „Pariser Konfetti.“

## GÖRLITZ

„Warum Oder-Neiße-Grenze?“ — Diese Frage stellte ein Umsiedler aus den polnisch verwalteten Ostgebieten. Er fügte hinzu, er wolle einmal in seine Heimat zurück und habe daran geglaubt, weil die Oder-Neiße-Grenze „provisorisch“ sei. Unter Hinweis auf das Potsdamer Abkommen wurde dem Fragesteller gesagt, diese Grenze habe es ja nach 1945 noch nicht gegeben, sie mußte erst geschaffen werden. Nun aber sei sie geschaffen worden und als völkerrechtlicher Pakt anerkannt. „Im Friedensvertrag wird die Oder-Neiße-Grenze auch ihre letzte formaljuristische Anerkennung finden.“

„Steckenpferdveranstaltungen 1959.“ Auch in Görlitz sind Tanz- und Unterhaltungsabende geplant, deren Reingewinn der sogenannten Steckenpferdbewegung zufließt. Eintritt und Gagen der Künstler sollen zum Kauf von Frachtschiffen verwendet werden. Diese Freizeitgestaltung sei ein Beitrag zum Sozialismus. Auch die Sportler sollen sich an dieser Steckenpferdbewegung beteiligen.

## Berlin in fernöstlicher Sicht

Arbeitet die Zeit diesmal wirklich für den Kreaml?

DT. Berlin (Eigenbericht)

„Berlin ist zu einem Weltproblem geworden. Ein Konflikt um diese Stadt läßt sich nicht lokalisieren wie der Streit um die Inseln in der Formosa-Straße.“ Zu dieser Erkenntnis sind weite Kreise im Fernen Osten gelangt, wie Dr. Roman Redlich vor einem

### Murphy warnt

vor falscher Einschätzung  
Berlins

Philadelphia (dpa). Der stellvertretende Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Murphy, warnte in einem Vortrag vor dem Außenpolitischen Rat in Philadelphia vor einer falschen Einschätzung der Lage in Berlin. Murphy sagte: „Welche Gründe auch immer für die Wahl des Zeitpunkts durch die Sowjets bestehen mögen, das Problem Berlins und Deutschlands herauszustellen, Tatsache bleibt, daß die Großmächte sich auf diese Weise vor ein ernstes Problem gestellt sehen. Unsere Regierung bemüht sich, eine friedliche Lösung dieses Problems zu finden, aber es ist der sowjetischen Führung klargemacht worden, daß dieser Wunsch nicht die Aufgabe westlicher Rechte und Positionen einschließt.“

Murphy unterstrich, es sei völlig klar, daß die Westmächte entschlossen seien, auf ihren Rechten und Positionen in Berlin zu bestehen. „Wir hoffen, daß Mikojan durch seinen Besuch in den USA die Überzeugung gewonnen hat, daß dies so ist, denn ein Verständnis Moskaus für die westliche Haltung könnte gefährliche Fehleinschätzungen ausschließen.“

kleinen Kreis Berliner Journalisten nach Rückkehr von einer dreijährigen Ostasienreise feststellte. Saigon und Singapur waren die markantesten Orte seiner Erkundungsfahrt, aber ebenso sammelte er Eindrücke in Tokio und anderen japanischen Städten.

Dr. Redlich, namhafter Vertreter der sowjetischen Emigrant-Organisation NTS, suchte den sowjetischen Stand-

punkt in der Berlin-Frage auch in Zusammenhang mit der Entwicklung des Kommunismus in China zu bringen. Chruschtschow befindet sich nach seiner Ansicht in einer Zwangslage, um sein Prestige in der Sowjetunion gegenüber Peking zu stärken. Chinas Eintritt in die kommunistische Phase sei zwar durch die aufgehobene Gründung der Stadtkommunen fürs erste gebremst worden, andererseits habe Chruschtschow in der Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft mit der Abschaffung der Privatkühe ein unpopuläres Zugeständnis machen müssen. Der Konkurrenzkampf zwischen Moskau und Peking geht jedoch unverändert weiter, und nichts kommt Chruschtschow gelegener als eine Machtdemonstration in Berlin, die beweisen soll, daß der Kreaml jederzeit in der Lage ist, Konzessionen von den Westmächten zu erzwingen. Während Chruschtschow noch im August v. J. nach seiner Rückkehr aus Peking brück die von ihm so erstrebte Gipfelkonferenz absagte, hat er heute schon wieder so viel Handlungsfreiheit, daß er diesen Gedanken erneut in das internationale Spiel bringt.

### „Nur keinen Krieg“

Dabei ist man sich auch in den politischen Kreisen Ostasiens durchaus darüber im klaren, daß eine Wiedervereinigung und Neutralisierung

Deutschlands kein echtes Ziel der Sowjets ist. Auch hier erkennt man, daß der Zustand der Teilung verewigt werden soll, um die sowjetischen Positionen weiter nach Westen zu treiben. Die Antwortnote der Bundesregierung ist auch in Tokio und Saigon in ihrer Klarheit bewundert worden. Sie wird als ein ausgezeichnetes Dokument des deutschen Rechtsstandpunktes gewertet, dem nur die eine Schwäche anhaftet, daß die Sowjets den Standpunkt der Macht vertreten. Die NTS, die in allen Häfen Asiens ebenso Stützpunkte unterhält wie in Europa, hat ständigen Kontakt mit sowjetischen Seeleuten. Aus den laufenden Befragungen und Unterhaltungen ergibt sich ein echter Friedenswille des sowjetischen Volkes. „Nur keinen Krieg“ ist die immer wiederkehrende Parole. (Im Gegensatz dazu steht die reichlich großsprecherische Äußerung Mao Tse-tungs: „Das chinesische Volk mit seinen 600 Millionen Einwohnern fürchtet auch einen Atomkrieg nicht, es würden immer noch 200 Millionen übrigbleiben.“)

Nicht nur aus innerpolitischen Erwägungen, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß internationale Verhandlungen das Ansehen der Sowjetunion und seines Pankower Satellitenstaates stärken, wird Chruschtschow nach einer friedlichen Lösung der Berlin-Frage streben lassen. Damit wird aber auch die neutralistische Ansicht entkräftet, daß diesmal die Zeit für den Kreaml arbeitet.

## Adenauer sagt der Saar Hilfe zu

Bundeskanzler für schnelle Einführung der D-Mark

Bonn (ap). Bundeskanzler Adenauer hat dem amtierenden saarländischen Ministerpräsidenten Reinert zugesagt, er werde bald mit der französischen Regierung über die Einführung der D-Mark im Saarland und damit über die völlige wirtschaftliche Eingliederung in die Bundesrepublik verhandeln. Adenauer machte diese Zusage in einem Gespräch mit Reinert, in dem dieser eingehend die durch die französischen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen ein-

getretene Situation an der Saar darlegte. Wie anschließend offiziell mitgeteilt wurde, betonte Reinert, daß die Saarbevölkerung sich in einer Lage befinde, die mit Rücksicht auf den bevorstehenden Tag der Umstellung nicht zu vergleichen sei mit der auf lange Sicht beachtlichsten Entwicklung in Frankreich. Adenauer sagte Reinert zu, daß die Bundesregierung auch weiterhin darauf bedacht sein werde, dem Saarland für eine reibungslose Eingliederung jede mögliche Hilfe zu gewähren,

# Vertrauenserklärung für Dibelius

Synode beendete ihre Tagung — Konfirmation für 1959 neu geregelt

**DT. Berlin (Eigenbericht).** Mit einer Vertrauenserklärung für Bischof Dibelius und Präses Scharf, die seit Monaten im Mittelpunkt zahlreicher antikirchlicher Angriffe der Ostpresse stehen, wurde in Ostberlin die Außerordentliche Synode der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg beendet.

Die Synodalen äußerten ihre „Bestürzung über die öffentliche Verunglimpfung und Verdächtigung, die Präses Scharf jüngst erfahren mußte“. Sie dankten ihm, „insbesondere für den Anteil, den gerade er in den vergangenen Jahren an der Festigung der Einheit der Kirche hat“. Die Synode stellte zu der Kampagne gegen Bischof Dibelius nachdrücklich fest, daß sie sich durch diese Angriffe nicht von ihm trennen lassen werde.

Nach viertägigen Beratungen verabschiedeten die Synodalen eine vorläufige Neuregelung der Konfirmation. Die Entscheidung hierzu war angesichts der rigorosen Werbung für die Jugendweihe in der Sowjetzone unaufschiebbar geworden. Die Synode legte fest, daß in diesem Jahr der Abschluß des Konfirmanden-Unterrichts, zu dem auch Teilnehmer an der Vorbereitung für die Jugendweihe zugelassen werden, nicht mehr als automatische Zulassung zur Konfirmation und zum Abendmahl gelten soll. Kinder, die zur Jugendweihe gegangen sind, werden vorerst von der Einsegnung ausgeschlossen. Sie sollen jedoch durch weitere Teilnahme am kirchlichen Leben ihren Glauben bekunden. Unter dieser Voraussetzung werden sie etwa ein Jahr später zum Abendmahl zugelassen.

In einem besonderen Schreiben an die Eltern der Konfirmanden haben die Synodalen noch einmal die Unvereinbarkeit von Konfirmation und Jugendweihe dargelegt.

Der Synodenbeschuß gilt für alle Gemeinden der Kirche von Berlin-Brandenburg. Die traditionelle Konfirmations-Praxis in Westberlin dürfte in diesem Jahr jedoch kaum geändert werden. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß auch hier in absehbarer Zeit eine Neuregelung vorgenommen wird. Die Synode hat ausdrücklich darauf verwiesen, „daß es vielen Pfarrern

und Gemeinden zur Last gelegt worden ist, jährlich große Scharen von Konfirmanden zum Abendmahl zuzulassen, die sich später von der Gemeinde abwenden“.

## Berlin-Frage tabu

Entgegen ursprünglichen Vermutungen hat die Synode kein Wort zu der durch die sowjetischen Deutschland-Vorschläge entstandenen Situation veröffentlicht. Wie verlautet, soll es bei den Ausschuß-Beratungen über die Abgabe einer solchen Erklärung zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen gekommen sein. Man beschränkte sich

schließlich darauf, die im Februar tagende Synode der Evangelischen Kirche der Union (EKU) zu bitten, die Möglichkeit „eines Wortes an die verantwortlichen Mächte“ zu prüfen. An den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurde die Bitte gerichtet, „im Hinblick auf die Lage, wie sie durch die jüngste Entwicklung für unser Volk entstanden ist“, alle Gemeinden zu einem Buß- und Bittgottesdienst aufzurufen. In der Begründung für beide Bitten erklärte die Synode: „In unserer Mitte ist die schwere Sorge laut geworden, daß eine letzte Chance zu weiterführenden Verhandlungen versäumt und damit irreparable Konsequenzen für die Menschen unseres Volkes herbeigeführt werden könnten.“

## Einer spinnt immer

Die Berliner wissen es schon aus Erfahrung: Man darf nicht alles, was in den Ostberliner Zeitungen steht, für bare Münze nehmen. Die Wahrheit hat sich eben der „großen sozialistischen Idee“ unterzuordnen. Am Donnerstag allerdings begann nun ein Redakteur der kommunistischen „Berliner Zeitung“, absolut „zu spinnen“. Wahrscheinlich war der Wunsch der Vater des Gedankens, als er über das Leben in „Klein-Amerika im Dezember 1959“ schrieb. Sie haben richtig gelesen, im Dezember 1959! Da sieht es nämlich in der amerikanischen Wohnsiedlung an der Clayallee so aus:

„Die Fahnenmasten sind nackt, Star and Stripes sind eingeholt, und durch das Portal des US-Head-Quartiers (jetzt Krankenhaus) rollt weich federnd ein Krankenwagen. Am Supermarket sind die Schilder gefallen. Ein neuer Besitzer ist eingezogen, ein deutscher Lebensmittelhändler.“ Und ein paar Zeilen weiter berichtet der Händler dann in der Phantasie des Ostberliner Redakteurs: „Die Hausfrauen lassen seltener anschreiben. Die Milch, die ich verkaufe, wurde im Bezirk

Potsdam gemolken, und der Wirsingkohl ist im Oderbruch gewachsen.“

So also stellt man sich drüben die Verhältnisse in einer „Freien Stadt Westberlin“ vor: Die Westberliner Industrie bekommt Aufträge aus der Sowjetzone und den Ostblockstaaten, der Lebensmittelhändler seine Milch aus Potsdam, und die Kommunisten — ihre Anweisungen nach wie vor aus Ostberlin. Einer Kundin werden noch die Worte in den Mund gelegt: „Ich werde jetzt wieder meinen Sohn besuchen. Er wohnt in Brandenburg.“

Das hat uns übrigens Herr Ebert schon einmal versprochen. Am 7. November des vergangenen Jahres in einem Schreiben an den Senat: „Schließlich bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, daß ab 17. November für Westberliner die Möglichkeit zu Geschäftsreisen und Verwandtenbesuchen in die DDR geschaffen wird.“ Glaubt man unter diesen Umständen wirklich, daß irgend jemand in Ost- oder Westberlin diese Spinnerei für Ernst nimmt? Man nimmt sie zur Kenntnis — und weiß wenigstens, wie man sich in Ostberlin eine „Freie Stadt“ vorstellt.

—dt.

# Berliner feierten ihren Kardinal

Eindrucksvoller Festakt in der Deutschlandhalle

DT, Berlin (Eigenbericht). Mehr als 16 000 Katholiken aus dem Bistum Berlin begrüßten in einer eindrucksvollen Feier den kürzlich zum Kardinal ernannten Berliner Bischof Dr. Julius Döpfner. Im Innenraum der Deutschlandhalle, der mit dem päpstlichen Wappen und dem Kardinalszeichen ausgeschmückt war, hatten auch die Bischöfe und bischöflichen Kommissare aus der sowjetisch besetzten Zone Platz genommen. Weitere Gäste waren u. a. Fürst zu Löwenstein, der Vorsitzende des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, der Bundesbevollmächtigte Vockel und Bürgermeister Amrhein.

Die Festveranstaltung stand zu einem großen Teil im Zeichen der Begrüßung des Bischofs, der gegenwärtig der jüngste Kardinal der römisch-katholischen Kirche ist. In seiner Ansprache, die den Mittelpunkt des Festaktes bildete, erklärte Bischof Dr. Döpfner, er sehe in seiner Einberufung in den höchsten Senat der katholischen Kirche keine persönliche Ehrung, sondern sei sich vielmehr bewußt, daß die Verleihung der Kardinalswürde Berlin und den Ostbistümern gelte.

## Strahlendes Zeugnis ihres Glaubens

Nach einer Würdigung des Papstes als dem Stellvertreter Christi auf Erden nahm Dr. Döpfner zu den jüngsten Ereignissen in der Sowjetzone Stellung. Er erklärte: „Geehrt und ermutigt werden sollen durch die Kardinalswürde das Bistum Berlin und die Ostdiaspora, alle Männer und Frauen, die schlicht und wortlos zu ihrem Glauben stehen, die trotz aller Anfechtungen nicht aufhören, vor aller Welt ein strahlendes Zeugnis ihres Glaubens abzulegen. Besonders gedachte der Bischof der Eltern und Jugendlichen, die die vom Osten propagierte Jugendweihe ablehnen und dafür berufliche und andere Nachteile in Kauf nehmen müssen. Den Kampf gegen Gott nannte Dr. Döpfner eine unheilvolle Gefährdung des Menschen und seiner Grundrechte.“

Zur Verhaftung von drei Jesuitenpatres, die kürzlich in Frankfurt an der Oder zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt wurden, erklärte der Kardinal, eine Berufung in diesem Prozeß sei „mit völlig un-

genügender Begründung“ abgelehnt worden.

Unter dem Jubel der versammelten Katholiken verlas Dr. Döpfner ein Grußtelegramm des Vatikans an die Teilnehmer der Feier in der Deutschlandhalle. Er betonte: „Für uns und unser Land können wir mit wissendem und glühendem Herzen erklären, daß wir dem Stuhl Petri die Treue halten und zu Papst Johannes XXIII. stehen werden.“ Die Feier endete mit dem „Tedeum“, gespielt vom Berliner Philharmonischen Orchester, gesungen

von dem Chor der St.-Hedwig-Kathedrale unter Leitung von Domkapellmeister Msgr. Prof. Dr. Karl Forster.

## Hohe Auszeichnung

Mit der Verleihung hoher kirchlicher Auszeichnungen wurden bekannte Berliner Katholiken von Papst Johannes XXIII. ausgezeichnet. Der Generalvikar des Bistums Berlin, Prälat Dr. Maximilian Prange, wurde zum Apostolischen Protokollnotar ernannt. Den Titel eines päpstlichen Hausprälaten erhielt der Offizial Msgr. Friedrich Hilbig. Außerdem wurden einer Reihe von Persönlichkeiten, die sich um den 78. Deutschen Katholikentag verdient gemacht haben, Orden verliehen. Den Stern zum Komturkreuz des Gregoriusordens erhielt der Vorsitzende des Berliner Lokalkomitees des 78. Katholikentages, Prof. Dr. Emil Dovifat.

# Pankow verweigert Auskünfte

Rentenversicherung für Flüchtlinge erschwert

Berlin (Eigenmeldung). Seit kurzem verweigert die Sowjetzone den Austausch von Versicherungsunterlagen für ehemalige Einwohner der SEZ. Die Übersendung wird mit der Begründung abgelehnt, daß der Versicherte „illegal die DDR verlassen und dadurch gegen die bestehenden Gesetze unserer Republik verstoßen hat“. Dieser Bescheid erfolgt auch in den Fällen, in denen die Flüchtlinge zehn und mehr Jahre zurückliegt, in einer Zeit also, in der die sogenannte „DDR“ noch nicht aus dem dunklen Schoße der Sowjets an das Licht des Tages getreten war.

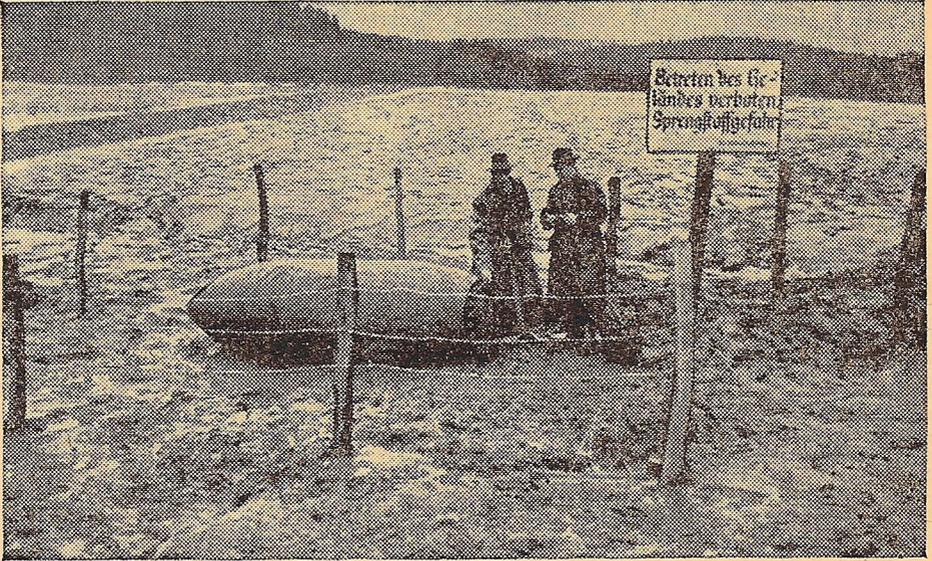
Dadurch stößt die Prüfung des Rentenanspruchs und die Berechnung der Renten für Zonenflüchtlinge bei den Rentenversicherungsträgern der Bundesrepublik und in Westberlin zunächst auf erhöhte Schwierigkeiten. Erforderlich sind Unterlagen, die zur Begründung einer Beitragsleistung dienen können, das sind u. a. Zeugnisse, Arbeitsbuch, Lohn- oder Gehaltsabrechnungen, Mit-

gliedsbuch der Gewerkschaft usw. Sind solche Unterlagen nicht vorhanden, sind notfalls eidesstattliche Erklärungen von zwei glaubwürdigen Zeugen (keine Verwandten) vorzulegen.

## Jugend denkt an Berlin

Oberhausen (dpa). Oberhausens Jugendparlament, das die Stadtvertretung in der laufenden „Woche der Jugend“ für zwei Tage vertritt, nutzte seine befristete Regierungsgewalt, um der Berliner Jugend zu helfen. Nachdem es sich konstituiert hatte, faßte es den auch für die Stadtverwaltung bindenden Beschluß, im Sommer 50 Westberliner Jugendliche und Kinder zu einem Ferienaufenthalt nach Oberhausen einzuladen. Außerdem wird die Stadt nach dem Willen ihrer Jugend den Berlin-Zuschuß im nächsten Etat von 12 000 auf 20 000 DM erhöhen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2,



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Im knietiefen Schlamm des entleerten Beckens der Sorpetalsperre mußten zwei je 108 Zenter schwere britische Fliegerbomben entschärft werden. — Unten: Jubiläumspresseball am Berliner Funkturm — Symphonie der Roben und Farben.

